

Zielgerade: Wird Göttinger Schulstreit diese Woche beendet?

Schulausschuss kommt heute zu einer Sondersitzung zusammen / Bundestagsabgeordnete äußern ihre Meinung

Von Ulrich Meinhard
und Michael Brakemeier



Bei mindestens fünf Schulen in Göttingen herrscht großer Unmut, zu ihnen gehört das Otto-Hahn-Gymnasium, das aus allen Nähten zu platzen droht. fotos: Hinzmann

Wenn der Rat der Stadt Göttingen in seiner Sitzung am Freitag, 13. März, über den ersten Nachtragshaushalt 2020 berät, wird es nach Informationen des Tageblatts Änderungsanträge der Fraktionen geben. Teil des Nachtragshaushaltes sind umstrittene Änderungen bei geplanten Investitionen an Schulen. Da die Baukosten in den vergangenen Jahren nach oben geschossen sind, soll etwa das Otto-Hahn-Gymnasium (OHG) einen kleineren als ursprünglich vorgesehenen Neubau erhalten. Das sieht ein Entwurf der Stadtverwaltung vor. Dagegen gibt es nicht nur vonseiten der betroffenen Schule Widerspruch: Auch die CDU-Fraktion pocht auf die Einhaltung der vor zwei Jahren vorgegebenen Planung.

Um den Blick auf die gesamte Göttinger Schullandschaft zu weiten, muss gesagt werden, dass aktuell 15 Bildungsstätten einen mehr oder minder dringenden Sanierungsbedarf haben, so das Hainberg-Gymnasium (HG), die Geschwister-Scholl-Gesamtschule (GSG) und die Grundschule „Brüder Grimm“. Der Sanierungsstau hat sich in den vergangenen knapp zehn Jahren aufgebaut, als die Stadt aufgrund einer hohen Verschuldung nur bedingt handlungsfähig war. Jetzt muss in kurzer Zeit eine Summe von rund 90 Millionen Euro investiert werden, die auch zur Verfügung gestellt werden soll. Aber mehr eben nicht – aus Gründen einer vom Rat selbst vorgegebenen Schuldenbremse.

Um den Kostenrahmen nicht zu überschreiten, hat die Verwaltung vorgeschlagen, den OHG-Neubau auf drei statt der geplanten vier Etagen zu begrenzen, 1 Million Euro soll so weniger ausgegeben werden. Genau diesen Schritt halten die Christdemokraten im Rat der Stadt für unsinnig. Ihr Credo: Lieber etwas gleich richtig machen, anstatt überall halbe Sachen umzusetzen. „Das OHG hat über viele Jahre stillgehalten. Die Platzprobleme gibt es schon sehr lange. Da gibt es inakzeptabel kleine und zu wenig Räume. Die Investition steht der Schule jetzt zu“, betont CDU-Ratsfrau Wibke Güntzler. Was sie ärgert: „In 'zig Sitzungen hatten wir alles ausgefochten. Jetzt ist alles wieder auf Null gestellt.“

Ihr Fraktionschef Olaf Feuerstein ist sich sicher, dass sich diese 1 Million Euro im Haushalt aufspüren ließe, nach dem Motto, wo ein Wille ist, ist ein Weg. „Dann schnallen wir den Gürtel an anderer Stelle enger. Dann wird halt eine Straße ein Jahr später saniert oder ein Radwegebau verschoben“, sagt er und fügt hinzu, dass der Fokus aller Anstrengungen gerade im Bereich Bildung liegen müsse. Der ehemalige Leiter des Felix-Klein-Gymnasiums, Ratsherr Thomas Häntsch (CDU), stimmt zu: Diese haushalterische Verschiebung zugunsten des OHG seien durchaus möglich. „Ich hoffe, die Vernunft setzt sich durch“, sagt Häntsch im Hinblick auf die Sitzung des Rates am Freitag.

Für die Christdemokraten ist auch der Umzug der Grundschule Bonifatius I nach Geismar kein hinnehmbarer Plan. Für das Gebäude in der Bürgerstraße müssen laut Schulstättenentwicklungsplan 6,7 Mil-

lionen Euro ausgegeben werden, um es den aktuellen Brandschutzbestimmungen anzupassen. Das sei in der Tat eine nicht zu verantwortende Summe für ein Haus, das beim Bau gar nicht als Schule geplant war. Doch anstatt nach Geismar zu ziehen, sollte die Boni I im Bereich der Innenstadt bleiben und die ehemalige Voigt-Realschule beziehen, in der gegenwärtig Junges Theater und KAZ untergebracht sind. Aus dem Verkaufserlös der Boni I (die konfessionelle Schule wird vom Bistum Hildesheim betrieben, Träger ist aber die Stadt Göttingen) könnten Gelder wiederum in Schulsanierungen fließen, so die CDU-Lesart.

Was die Christdemokraten wiederum bei der GSG monieren, ist, dass sich die Kalkulationen hier zwischen 7,8 und 31 Millionen Euro bewegen und es darüber bisher kaum Diskussionen gegeben hat. Eine Diskussion zur GSG, hält Feuerstein mit leise spöttischem Unterton fest, „ist nicht erlaubt“. Seine Vermutung, dass ein Schelm jener sei, der vermute, dass die GSG eine Sonderstellung einnehme, weil ihr Schulleiter Tom Wedrins SPD-Fraktionschef ist, ist im Bauausschuss auf harsche Kritik gestoßen. Mitnichten sei das der Fall, hieß es von rot-grüner Seite. Eine Einschätzung, die der Lehrer Holger Theiß vom GSG-Personalrat unterstützte. Die Schule sei baulich in einem „desolaten Zustand“, und zwar obwohl Wedrins Schulleiter ist, sagte er. Die SPD-Fraktion forderte von Feuerstein und vom Bauausschuss-Vorsitzenden Hans Otto Arnold (CDU) eine Entschuldigung für ihre „Unterstellungen“, dass die GSG bevorzugt werde, weil Wedrins Schulleiter ist.

Der Schulstättenentwicklungsplan für Göttingen sieht vor, dass alle bislang bekannten Sanierungsmängel behoben werden. Wie viel Geld definitiv dafür nötig ist, ist nicht zu beziffern – die Entwicklung der Baukosten ist ebenso wenig vorhersagbar wie sich möglicherweise ergebende Bauänderungen. Darauf wies Schuldezernentin Maria Schmidt (Grüne) am 3. März im Finanzausschuss hin. Die im Zukunftsinvestitionsprogramm der Stadt veranschlagten 90 Millionen Euro für Schulsanierungen sollen bis 2029 verbaut sein. Umstritten ist zwischen der rot-grünen Mehrheitsgruppe und der CDU-Fraktion vor allem der Umgang mit dem OHG, der Boni I und – quasi bislang ohne Diskussion – auch mit der GSG.

Die Argumentation von Rot-Grün im Rat zielt auf die „Gesamtbetrachtung“ der Göttinger Schullandschaft ab. „Wir müssen das Ganze sehen“, sagt der grüne Fraktionschef Rolf Becker. „Wir müssen schauen, wie wir unsere Mittel fair verteilen können“, fügt er an. Den Vorschlag einer höheren Kreditaufnahme lehnt er mit dem Verweis auf den Schuldendeckel von 70 Millionen Euro ab, den der Rat beachten und einhalten müsse. Inzwischen sei man bei 69 Millionen Euro Verschuldung angekommen. Über die Kindertagesstätten, sagt Becker, hätte noch kaum jemand gesprochen. Zehn von elf Kitas müssten grundsaniert werden.

Verständnis für die Schulen OHG, HG, Boni I, „Hermann Nohl“ und „Brüder Grimm“, die am 3. März für ihre Anliegen auf die Straße gegangen sind, äußert die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frauke Bury. Sie widerspricht Güntzler in der von ihr gemachten Feststellung, dass doch alles in trockenen Tüchern gewesen sei. „Das ist mitnichten der Fall“, erklärt Bury. Sämtliche Planung habe unter einem Finanzierungsvorbehalt gestanden. Deshalb werde die Debatte um OHG und Boni I auch „deutlich verkürzt“ geführt. Erstens müsse der Kostenrahmen eingehalten und zweitens müssten die vorhandenen Mittel „bestmöglich verteilt werden“, sagt Bury.

Becker ist sich sicher, dass jede andere Ratsmehrheit, vor diesem Problem stehend, schließlich nicht anders entscheiden würde, als es jetzt Rot-Grün vorhat. Angesprochen auf den Grund der Baukostenexplosion räumt er ein: „Wir wissen einfach zu wenig über unsere Gebäude.“ So seien in den 1970er Jahren Baustoffe verwendet worden, die die Stadt jetzt vor große Herausforderungen stellen. Mit der analysierten etwa dreiprozentigen Durchsetzung der Fassade des HG mit Asbest sei das Schulgebäude nach heutigen Standards nicht mehr anbietbar. Überraschungen dieser Art würden immer wieder auftauchen und unter Umständen aus einem scheinbar festgezurrten Plan Makulatur machen. Daran anschließend ergänzt Bury: „Keinem Kind ist geholfen, wenn wir Versprechungen machen. Gerade weil wir auf die Zukunftsfähigkeit aller Schulen setzen, haben wir die Kinder im Blick.“

Der Appell von Becker an den gesamten Rat lautet: „Es muss gelingen, im Rahmen der Möglichkeiten gemeinsam zu handeln. Im Streit

werden wir die Herausforderung nicht bewältigen.“ Auch die schulpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion, Suse Stobbe, setzt auf „Konsensorientiertheit“. Denn: „Abstriche müssen alle machen“, meint sie. Dass Schüler für ihre Anliegen auf die Straße gegangen sind, hält sie für richtig. An einem Konsens wird indes auch vonseiten der Verwaltung gearbeitet. Sie hat Vertreter aller Schulen heute zu einem Austausch eingeladen, allerdings hinter verschlossenen Türen.

Öffentlich gemacht haben hingegen die Bundestagsabgeordneten Fritz Güntzler (CDU) und Thomas Oppermann (SPD) ihre Meinung zum Göttinger Schulstreit. „Die rot-grüne Ratsmehrheit sollte ihre Blockadehaltung aufgeben“, meint Güntzler. Bei einer „erfreulichen“ Gesamtinvestition im Schulbereich von rund 90 Millionen Euro seien die 1 Million Mehrkosten für das vierte Stockwerk beim OHG fast zu vernachlässigen. Zu bedenken sei auch, dass die Mehrkosten zum Großteil hausgemacht seien. Die erheblichen zeitlichen Verzögerungen bei der Planung habe die Stadt Göttingen selbst zu verantworten. „Dies nun auf die Schülerinnen und Schüler abzuwälzen, ist unverantwortlich“, erklärt Güntzler. Denn der Raumbedarf sei ja völlig unumstritten – und ein dem Raumbedarf entsprechender Neubau die beste Lösung. „So bisher ja auch die Meinung der rot-grünen Ratsmehrheit.“

Auch sei es an der Zeit, dass sich Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) endlich um die Organisation seiner Bauverwaltung kümmere, so Güntzler weiter. „Der Zeitverzug ist mittlerweile der Normalzustand bei der Göttinger Bauverwaltung, der zu immer höheren Kosten führt“. Beispielhaft nennt er den Umbau des Otfried-Müller-Hauses, wo Monat für Monat ins Land gehe, ohne dass etwas passiert. „Das alles wird den Haushalt erheblich belasten“, bilanziert der Christdemokrat. Er habe den Eindruck, dass die Dinge der Göttinger Bauverwaltung aus den Händen gleiten. Bezüglich des OHG gibt der Abgeordnete zu bedenken, dass auch bei anderen Vorhaben kein Herunterfahren der Maßnahmen erfolgt, weil die Kosten steigen. „Ich bin mal gespannt, ob es bei weiteren Kostensteigerungen bei der Stadthalle auch zu Einschränkungen kommen wird“, zeigt er sich neugierig.

Mit Sorge verfolgt nach eigenem Bekunden der Göttinger SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Oppermann die „aufgeheizte Diskussi-

on“. Er mahnt zu größerer Sachlichkeit. „Es ist das gute Recht der Schülerinnen und Schüler, für ihre Schulen zu kämpfen. Ich bin wirklich beeindruckt, mit wie viel Kreativität und Klarheit sie ihrer politischen Haltung Ausdruck verleihen“, würdigt Oppermann das Engagement von OHG-Schülern bei Info-Tag und Demo in jüngster Zeit. Nun sei es Aufgabe aller Beteiligten, „in Ruhe“ über das weitere Vorgehen zu diskutieren. „Gute Lösungen brauchen einen klaren Kopf“, so Oppermann. Großen Respekt habe er vor der Schulleiterin des OHG, Rita Engels: „Es ist nicht fair, ihr einen Vorwurf daraus zu machen, dass sie sich für ihre Schule einsetzt. Genau das erwarte ich von einer Schulleitung“, betont der Abgeordnete.

Klar sei aber auch, dass die Verwaltung die gesamte Schullandschaft der Stadt im Blick haben und deshalb nach Kompromissen suchen müsse, um die zur Verfügung stehenden Mittel so effizient wie möglich einzusetzen. Ziel sollte es sein, dass am Ende an allen Schulen ein Lernumfeld herrscht, in dem sich Schülerschaft und Lehrkräfte wohlfühlen. Oppermann: „Ich finde es beachtlich, dass die Stadt Göttingen 90 Millionen Euro in die Schulen investieren will. Darin kann man eine klare Prioritätensetzung für Bildung erkennen.“ Wenn die Stadt für 1 Million Euro zusätzliche 1000 Quadratmeter Schulfläche für das OHG bekommen könnte, sollte man darüber „vielleicht noch einmal sprechen“, weicht er von der Argumentation von Rot-Grün im Rat der Stadt ab.

Auf Antrag von Mitgliedern des Schulausschusses, nämlich Helena Arndt (Partei Ratsgruppe), Wibke Güntzler, Thomas Häntsch (beide CDU), Kerstin Sennekamp (Elternvertretung), Thorben Siepmann (FDP) und Christian Zochowski (Schülervertretung), kommt das Gremium heute zu einer Sondersitzung zusammen. Begründung: In den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss am 3. März seien die anstehenden Baumaßnahmen an den Göttinger Schulen und die damit verbundenen Verteilungsprobleme der Finanzmittel nur unzureichend behandelt worden. Eine Beratung im Fachausschuss sei daher dringend angeraten.

Sie erreichen Ulrich Meinhard per **E-Mail** an u.meinard@goettinger-tageblatt.de

und Michael Brakemeier per

E-Mail: m.brakemeier@goettinger-tageblatt.de

Twitter: [@soulmib](https://twitter.com/soulmib).